

Grüne Marktwirtschaft: der makroökonomische Rahmen

„Dogmatisch ist ein schönes Wort dafür.“ So antwortete der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Robert Solow 2004 in der Zeit auf die Frage, wie man das Denken und Handeln von Bundesbank und Sachverständigenrat charakterisieren solle. In der Tat: die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland ist in den letzten Jahren, als Deutschland aufgrund weltwirtschaftlicher Entwicklungen, einer Überbewertung der DM bei der Euro-Einführung und den Nachwirkungen der Wiedervereinigung in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation war, von einem rigiden Dogmatismus auf beiden Seiten der Konfrontation geprägt gewesen. Entweder man ist für Strukturreformen oder für eine Politik der Nachfragestärkung. Für Smith oder für Keynes.

Die Wahl der wirtschaftspolitischen Instrumente wird nicht pragmatisch nach der jeweiligen ökonomischen Situation getroffen, sondern zur Glaubensfrage hochstilisiert. Dieser Vorwurf trifft nicht nur die WirtschaftspolitikerInnen nahezu aller Parteien (auch der Grünen), sondern insbesondere auch die deutsche Zunft der WirtschaftswissenschaftlerInnen, der es nicht gelungen ist, ein unverkrampftes, modernes Verhältnis zu den verschiedenen wirtschaftspolitischen Instrumentarien zu entwickeln. Stattdessen befeuern sie den deutschen Glaubenskrieg, in dem sie sich vor den Karren von Partikularinteressen spannen lassen. Ein besonders eindrückliches Beispiel ist der von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanziert wird) initiierte „Hamburger Appell“ aus dem Sommer 2005, den 250 deutschen Wirtschaftswissenschaftlern unterzeichneten und in dem wieder einmal einseitig verstärkte Sparanstrengungen, Steuer- und Lohnsenkungen gefordert wurden.

Ein Verdienst der Grünen als Europa-Partei könnte es nun sein, einen Blick über den Tellerrand der beschränkten deutschen Debatte zu werfen und sich – im Sinne von *best practice* – stärker an der pragmatischen Wirtschaftspolitik anderer europäischer Länder wie Schweden oder Großbritannien zu orientieren.

I. Streitpunkte in der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte

a. Unvereinbarkeit von strukturellen Reformen und Konjunkturpolitik

In Deutschland hält sich hartnäckig der Mythos, dass die schlechte Lage der Wirtschaft in den letzten Jahren auf strukturelle Defizite und kaum auf die schlechte konjunkturelle Lage zurück zu

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

führen ist. Deswegen müsse die Wirtschaftspolitik ausschließlich auf strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt setzen und nicht auf Konjunkturpolitik. Diese Haltung ist schlicht und einfach absurd.

„Die in Deutschland geführte Diskussion spiegelt eine Eindeutigkeit vor, die es so nicht geben kann. Das eine Problem lässt sich eher mit Strukturreformen lösen, das andere eher mittels höherer Staatsausgaben“ (Jim O’Neill, Chefvolkswirt von Goldman Sachs). Auch Olivier Blanchard, einer der führenden Makroökonomien, empfiehlt den unverkrampften Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente, um sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Probleme in Deutschland zu lösen. Strukturreformen, deren Notwendigkeit in vielen Bereichen keinesfalls zu bestreiten ist, müssen durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik ergänzt werden. Diese *„muss expansiv sein, damit die Menschen mehr Jobs erwarten dürfen und damit sie die Härten der Arbeitsmarktreform bereitwilliger ertragen. Allein über Lohnsenkungen mehr Wachstum zu erwarten ist ein langwieriger und unnötig schmerzvoller Prozess.“* (Robert Solow in der Zeit).

Gerade für uns Grüne ist hier ein unverkrampftes Verhältnis unerlässlich. Die ökologischen Herausforderungen werden wir nur mit entschlossenen, konsequenten Strukturreformen wie zum Beispiel der Fortsetzung der ökologischen Finanzreform meistern können. In vielen Fällen können Ökologie und Ökonomie Hand in Hand gehen – doch ein ökologischer Umbau unseres Wirtschaftssystems wird auch Konflikte hervorrufen. Hier gleichzeitig auf eine kontraktive Fiskal- und Geldpolitik zu setzen scheint uns keine realistische Strategie zur Durchsetzung unserer ökologischen Anliegen zu sein. Ökologische Politik ohne Rücksicht auf die sozialen Belange der Menschen – das ist eine Strategie, die in die Niederlage führen wird. Stattdessen werden wir Grüne lernen müssen, dass wir ökologische Fehlentwicklungen nur „bremsen“ können, wenn wir und ökonomisch und sozial „Gas geben“.

b. Irrelevanz der konjunkturellen Lage

Es spricht vieles dafür, dass diese unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland neben jahrelang aufgeschobener Reformen auch auf die übermäßig zurückhaltende Lohnpolitik und die restriktive, sich auf Sparkurs befindliche Fiskalpolitik zurückzuführen ist – und das angesichts eines ohnehin schon schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds, das neben den Folgen der deutschen Einheit auch den Zusammenbruch der deutschen Aktienmärkte nach dem Platzen der „new economy“-Blase verkraften musste. Das Wohlstandsniveau in der Bundesrepublik konnte im Vergleich zum internationalen Umfeld deshalb nur geringfügig zunehmen. Das Wachstumspotenzial wurde kaum ausgeschöpft und infolgedessen vom Mainstream der deutschen Wirtschaftswissenschaft immer weiter nach unten korrigiert. Trotzdem hat Konjunkturpolitik in Deutschland kaum noch Relevanz in der praktischen Wirtschaftspolitik. Sie hat den Ruf, für

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

die langfristige Performance einer Wirtschaft nicht entscheidend zu sein.

Ökonomisch betrachtet führt eine Rezession jedoch nicht nur zu kurzfristigen negativen Effekten, sondern hat auch langfristig schädlichen Einfluss auf die Performance einer Volkswirtschaft: Sie erhöht den Anteil der Langzeitarbeitslosen, entwertet Human- und Sachkapital (in der Literatur fasst dies der Begriff Hysterese zusammen) und bremst die Produktivitätsentwicklung deutlich ab. So zeigen auch empirische Untersuchungen, dass die Wirkungen von negativen Schocks und Krisen nicht nach einigen Jahren verschwinden, sondern über die Untersuchungszeiträume von mehreren Jahrzehnten hinweg erhalten bleiben und sich kumulieren. Nicht zuletzt treffen Konjunkturreinbrüche auch den Staat. Die Steuereinnahmen gehen aufgrund der hohen Aufkommenselastizität, insbesondere der progressiven Einkommenssteuer, überproportional zurück. Ebenso brechen den Sozialversicherungen bei hoher Arbeitslosigkeit die Einnahmen weg. Zugleich werden sowohl die öffentlichen Haushalte als auch die Sozialversicherungen bei einer Rezession besonders hoch belastet, vor allem durch Aufwendungen für die Unterstützung von Arbeitslosen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen auch, dass eine wirtschaftliche Erholung nicht automatisch in einem vorhersehbaren Zeitraum auf jede Rezession folgt. Vielmehr kann eine lange Stagnationsphase zu sich verschlechternden Erwartungen der AkteurInnen führen, die mit Kauf- und Investitionszurückhaltung reagieren, was die Krise weiter verfestigt. Deutschland befand sich jahrelang in einer solchen Falle von fehlendem Vertrauen, einer Abwartehaltung bei der Privatwirtschaft und den KonsumentInnen und folglich einem unnötig geringen Wachstum deutlich unterhalb der Beschäftigungsschwelle. Erst Ende 2005 konnte Deutschland durch eine Veränderung des außenwirtschaftlichen Umfelds diese Situation überwinden.

c. Wirkungslosigkeit makroökonomischer Instrumente

Kategorisch wird von deutschen Ökonomen darüber hinaus die Wirksamkeit makroökonomischer Instrumente wie das einer expansiven Fiskalpolitik bestritten, was insbesondere mit den Folgen der ökonomischen Globalisierung und der europäischen Einigung begründet wird. Diesem Urteil können wir uns nicht anschließen. Dagegen spricht, dass auch sehr viel kleinere und sehr viel stärker in den Weltmarkt integrierte Länder wie Schweden in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit einer Politik der makroökonomischen Steuerung gemacht haben. Ferner belegen empirische Untersuchungen die nach wie vor hohe Wirksamkeit makroökonomischer Steuerung: So beträgt der Multiplikator der deutschen Fiskalpolitik – einer der wichtigsten Kennziffern für die Wirksamkeit von expansiver Fiskalpolitik - laut Münchner IFO Institut bis zu 2,44 (Plötcher/Seidel/Westermann: Fiskalpolitik in Deutschland, München, 2004) und erreicht damit ähnliche Höhen wie in den 70er Jahren. Das bedeutet, dass z.B. 1 Euro Staatsausgaben einen ge-

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

samtwirtschaftlichen Nachfrageimpuls von 2,44 Euro zur Folge haben. Der Grund ist, dass die Staatsausgaben bei anderen Wirtschaftssubjekten Einnahmen sind, die deshalb ihre Nachfrage erhöhen können. Zugleich ist das Fehlen wichtiger Institutionen zur makroökonomischen Steuerung auf europäischer Ebene nicht gottgewollt, sondern Ergebnis politischer Entscheidungsprozesse und damit auch veränderbar.

d. Das Verhältnis zwischen Staat und privater Wirtschaft

Eine wesentliche Ursache für die wirtschaftspolitische Fehlleistung war - und ist - ein falsches Verständnis von Staat und Wirtschaft. Wenn in der Öffentlichkeit von Wirtschaft die Rede ist, meint man meistens die privaten Wirtschaftssubjekte und klammert den Staat als Wirtschaftsfaktor vollständig aus. Auf der einen Seite die Wirtschaft, auf der anderen der Staat, als „Schmarotzer der Privatwirtschaft“. Volkswirtschaftliche Zusammenhänge werden gerne außer Acht gelassen. „Arbeitsplätze werden nur von der privaten Wirtschaft geschaffen“, lautet die gängige Auffassung. Es wird gerne unberücksichtigt gelassen, dass die Kürzung öffentlicher Leistungen und Ausgaben nicht nur den Staatssektor, sondern auch die private Wirtschaft schrumpfen lässt. Ausgeblendet wird die wichtige Rolle des Staates, sowohl was die Schaffung der Voraussetzungen einer funktionierenden Marktwirtschaft angeht als auch die Rolle, die der Staat als eigenständiger wirtschaftlicher Akteur spielt. Der öffentliche und der private Sektor sind eben keine Gegensätze, die nebeneinander stehen – im Gegenteil. Sie sind eng miteinander verknüpft und bedingen sich gegenseitig. Große Teile der Staatstätigkeit wie z.B. Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind Voraussetzung für privatwirtschaftliche Initiative. Und der Staat ist der größte einzelne Nachfrager von privat produzierten Gütern und Dienstleistungen.

Es gibt dabei keine wissenschaftlich anerkannte Formel für einen optimalen Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt. Die deutsche Staatsquote lag 2004 bei 47,5% und wird von Schweden mit 57% deutlich übertroffen. Trotz einer höheren Staatsquote ist die schwedische Wirtschaft hoch innovativ und wachstumsstark. Diese makroökonomischen Zusammenhänge wurden in der öffentlichen Diskussion nur allzu oft ausgeblendet. Es wurde der Eindruck erweckt, dass Wachstum durch Reformen - so notwendig diese auch im Einzelfall waren - erzielbar wären, die das einzelne Unternehmen von Kosten und Bürokratie entlasten, ohne die gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen dieser Politik im Auge zu behalten. Durch Kürzungen allein hat allerdings noch kein Land eine Krise bewältigt, sondern sie lediglich verschlimmert, wie das Beispiel der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren eindrucksvoll zeigte.

Besonders gut lässt sich diese Ignoranz gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen staatlichen Handelns daran sehen, dass eine Stabilisierung der Schuldenquote in den letzten

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

Jahren trotz Sparpolitik misslang. Als die Steuereinnahmen durch das Wirtschaftswachstum leicht anstiegen und die Sozialkassen durch die wachsende Beschäftigung entlastet wurden, konnte die Rot-Grüne Regierung erfolgreich die Neuverschuldung senken. Als sich dieser Trend umkehrte, wurde schnell klar, dass eine Haushaltskonsolidierung bei sinkendem Wachstum und stagnierenden Steuereinnahmen nicht möglich ist. Die Haushaltskonsolidierung und die „Gürtel-enger-schnallen-Mentalität“ waren jedoch bei vielen zum Dogma geworden. Die Regierung führte ihre Konsolidierungsstrategie trotz der Rezession fort, ja sie reagierte auf die Misere sogar mit einem verschärften Sparkurs, der deutlich negative gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen hatte. Statt wenigstens die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, versuchte man den wegbrechenden Steuereinnahmen hinterher zu sparen, um die eigenen Sparziele zu erreichen und das Defizit-Kriterium des Maastrichter Vertrages einzuhalten. In dieser Situation kritisierte selbst der IWF die Bundesregierung für ihre überzogene Sparpolitik. Stattdessen hätte es sofort zusätzlicher staatlicher Ausgaben bedurft, um den Abschwung aufzufangen. Andere Staaten, wie die USA, die skandinavischen Länder und Großbritannien handelten in diesem Sinne und konnten ihre Wachstumsraten durch einen ausgewogenen Einsatz der Fiskalpolitik stabilisieren. Deutschland hingegen stürzte in eine tiefe Rezession, die letztendlich zu deflationären Tendenzen führte.

II. Makroökonomische Politik braucht einen strukturellen Rahmen

Bevor wir uns ausführlicher mit den verschiedenen makroökonomischen Instrumenten auseinandersetzen, wollen wir kurz den Kontext beschreiben, in dem wir unser Plädoyer für eine pragmatische Wirtschaftspolitik verstanden wissen wollen.

Makroökonomie allein reicht nicht – Makro braucht Mikro

Der von uns beschriebene und kritisierte scharfe Antagonismus in der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte ist nicht das alleinige Resultat der Fehleinschätzung der einen Seite – zum Streiten gehören immer zwei. Auch die VerfechterInnen einer makroökonomischen Steuerung müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, einseitig agiert zu haben und die Notwendigkeit von strukturellen Reformen fälschlicher Weise in Abrede gestellt zu haben. Nichts wollen wir mit unserem Plädoyer weniger als diesen falschen Widerspruch weiter zu vertiefen, geht es uns doch gerade um einen vernünftigen Mix aus angebots- und nachfrageorientierter, aus makro- und mikroökonomischer Wirtschaftspolitik.

Ohne Zweifel leidet die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland an einer ganzen Reihe von strukturellen Problemen: einen falsch finanzierten Sozialstaat, ein miserables Bildungssystem, ein stellenweise undurchsichtiges Steuerrecht, teils überregulierte, vor allem aber vermachtete

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

Gütermärkte und einen schlecht funktionierenden Dienstleistungsmarkt. Diesen Problemen gilt es sich energisch anzunehmen, wozu wir und viele andere bei den Grünen an anderem Orte ausführliche Vorschläge erarbeitet haben.

Eine vernünftige makroökonomische Politik ist kein Widerspruch zu, sondern Bestandteil einer Politik der ökologischen Modernisierung

Wirtschaften ohne Rücksicht auf die Umwelt, ohne Beachtung der Schäden und Verschmutzungen, die das heutige Wirtschaftssystem verursachen, ist weder nachhaltig noch klug, denn es zerstört die Grundlagen des Wirtschaftens von morgen. Diese Einsicht muss angesichts der immer eindringlicheren Warnungen von Klimawissenschaftlern und Umweltexperten Basis für jede Wirtschaftspolitik sein. Von Tag zu Tag drängender wird die Aufgabe eines ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft.

Der Wirtschaftspolitik kommt hier in unseren Augen eine dienende Funktion zu – sie muss sicherstellen, dass die ökologischen und sozialen Ziele einer Gesellschaft erfüllt werden. Eine solche ökologische Wirtschaftspolitik muss externe Effekte durch Umweltverschmutzung in den Preisen internalisieren oder Zertifikate, um den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen zu begrenzen, vergeben. Unsere Marktwirtschaft funktioniert nur dann sozial optimal, wenn die Preise auch die ökonomische Wahrheit sagen. Sie muss wettbewerbsrechtlich gegen die Kartelle der alten Energieindustrie vorgehen und Marktanreize für mehr Effizienz setzen. Solche Maßnahmen stehen also zu Recht im Zentrum einer Politik grüner Marktwirtschaft.

Unsere Vorschläge sehen wir als Ergänzung nicht als Widerspruch zu einer solchen Politik. Ohne ökologische Regulierung kann makroökonomische Steuerung nicht nachhaltig wirken, wirkt wirtschaftliche Dynamik zum Teil eher wohlfahrtszerstörend als wohlfahrtssteigernd. Zugleich wird aber auch eine Politik der ökologischen Modernisierung in einem Umfeld mangelnder wirtschaftlicher Dynamik scheitern – verfehlen wir doch so wichtige soziale und wirtschaftliche Ziele. Eine Politik, die zu Recht keinen künstlichen Widerspruch zwischen diesen verschiedenen Zielen aufbauen will, muss sich beider wirtschaftspolitischer Ansätze bedienen.

Ebenso wenig soll unser Plädoyer für einen neuen Pragmatismus in der Wirtschaftspolitik das Vorurteil nähren, dass es keine „linke oder rechte“ Wirtschaftspolitik, sondern nur noch moderne oder unmoderne Wirtschaftspolitik gebe. Ökonomisch können so unterschiedliche Modelle wie das angelsächsische oder das skandinavische erfolgreich sein – das eine mit einem minimalistischen Staat, das andere mit einem sehr umfassenden Staatssektor. Welchen Weg eine Gesellschaft gehen will, das ist eine zutiefst demokratische Frage – und eine, die kein Ökonom stellvertretend beantworten kann. Doch es kommt eben auch auf eine kluge Umsetzung dieser ge-

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

sellschaftlichen Entscheidung an – und hier kommt ökonomischer Sachverstand durchaus ins Spiel.

III. Der makroökonomische Werkzeugkasten

Eine offene Debatte über eine moderne Wirtschaftspolitik, die versucht die von uns skizzierten Missverständnisse zu überwinden, muss sich auch den verschiedenen makroökonomischen Instrumenten vorurteilsfrei und pragmatisch widmen. Makroökonomische Steuerung bedarf einer unverkrampften Haltung zu einer konjunkturgerechten Fiskal-, Lohn- und Geldpolitik.

Fiskalpolitik

Der Abbau der Staatsverschuldung und eine nachhaltige Finanzpolitik sind zu Recht ein zentrales Anliegen grüner Finanz- und Haushaltspolitik. Die hohe deutsche Staatsverschuldung hat politische Handlungsspielräume enorm eingeschränkt. Nun gilt es eine Nachhaltigkeitsstrategie zu prägen, die ihrem Namen auch gerecht werden kann. Undifferenziertes Sparen hat aus unserer Sicht weder etwas mit Generationengerechtigkeit noch mit Nachhaltigkeit zu tun. Stattdessen kann es eine Volkswirtschaft immer weiter in die Krise treiben. Als nachhaltig sollte vielmehr eine Finanzpolitik bezeichnet werden, die unter Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen den Kapital und Wissensstock der Volkswirtschaft erhält und vergrößert.

Wissenschaftliche Untersuchungen zur Haushaltskonsolidierung zeigen eindeutig, dass es bisher noch keinem Land gelungen ist, allein durch Sparen die Schuldenquote zu senken. Länder, die wie die Bundesrepublik in Stagnationsphasen gespart haben, hatten mit negativen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung zu kämpfen. Auch in Deutschland stieg die Schuldenquote von 60% 1998 auf 67% heute – trotz oder vielmehr wegen der Sparpolitik. Die einzige Möglichkeit die Schuldenquote und damit auch die Zinslast abzusenken ist eine dynamische wirtschaftliche Gesamtlage, die wie z.B. in den USA das Bruttoinlandsprodukt und damit auch die Steuereinnahmen schneller steigen lässt als die öffentliche Verschuldung. Eine solche nachhaltige Finanzpolitik kann und darf sich nicht an starren und unflexiblen Zielen wie dem 3 Prozent Kriterium des Maastricht-Vertrages orientieren. Stattdessen muss sie flexibel auf die gesamtwirtschaftliche Lage reagieren können. Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik sollte das ehrgeizige, aber erreichbare Ziel der Stabilisierung der Schuldenstandsquote sein, da nur diese darüber Auskunft geben kann, wie sich die Zinslast der öffentlichen Haushalte verändert. Das Defizit allein sagt darüber nichts aus, da es die Entwicklung des BIP, der Steuereinnahmen und der Inflation nicht berücksichtigt. Eine Stabilisierung der Schuldenquote ist hingegen sinnvoll und notwendig, um die öffentlichen Haushalte handlungsfähig zu halten. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, über den Konjunkturzyklus hinweg, halten wir jedoch nicht für zielführend.

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

Eine solche Regel wirkt wie am Beispiel der „schweizerischen Schuldenbremse“ gezeigt werden kann, überwiegend restriktiv, da aufgrund der weiterhin fälligen Zinszahlen, ständig hohe Primärüberschüsse erwirtschaftet werden müssten. In der Wissenschaft herrscht aber weitgehende Einigkeit darüber, dass der Primärsaldo die wirksamen fiskalischen Impulse am besten misst. Eine langfristige Nullregel bedeutet daher im Boom stark zu bremsen, aber in der Krise wenn überhaupt nur sehr geringe expansive Impulse zu setzen. Eine solche Asymmetrie wollen wir vermeiden. In einer wachsenden Wirtschaft können auch die Staatsschulden wachsen ohne, dass dies die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen gefährden und die Zinslastquote erhöhen muss.

Wir schlagen eine Orientierung am Primärsaldo vor. Dieser Primärsaldo stellt ökonomisch das laufende Budget abzüglich des Schuldendienstes dar (also abzüglich Zinszahlungen und Tilgung) und ist nach Einschätzung von OECD, EU-Kommission und der Wissenschaft das zentrale Maß für die Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik im jeweiligen Haushaltsjahr. Denn er zeigt, ob im laufenden Jahr zusätzliche neue Verschuldung notwendig ist, um die staatlichen Aufgaben zu finanzieren (Primärdefizit) oder ob ein Beitrag zum Abbau alter Schulden geleistet wird (Primärüberschuss). Nachhaltig ist eine Haushaltsstrategie, wenn der Primärsaldo auf einen langen Zeitraum gesehen ausreicht, um die Zinszahlungen zu bedienen und die Zinslastquote so konstant gehalten wird. Den Anforderungen an eine verantwortungsvolle Konjunkturpolitik wird eine solche Strategie dann gerecht, wenn sie antizyklische Schwankungen des Primärsaldos zulässt und damit eine Abwendung konjunktureller Gefahren ermöglicht. Im Durchschnitt muss wegen der bestehenden Staatsschulden aus früheren Haushaltsjahren der Primärsaldo in Zukunft positiv sein.

Ziel ist insgesamt eine Stabilisierung der Schuldenquote durch eine kluge Verschuldungsregel, die sich sinnvoll an die aktuellen Gegebenheiten anpasst und die Möglichkeiten der Sparpolitik nicht überfordert, dafür aber umso strikter umgesetzt wird. Diese ist überambitionierten Regeln vorzuziehen, die immer wieder aufs Neue an der Realität scheitern und damit die Bevölkerung verunsichern.

Das Ziel der langfristigen Stabilisierung der Schuldenquote bietet hinreichend Flexibilität, um den Staat auf eine stagnierende Binnenkonjunktur reagieren zu lassen. Wie sinnvoll eine solche Reaktion ist, zeigen die Beispiele Schweden oder auch die USA. Hier reagierte die Fiskalpolitik fantasievoll auf die schwache Binnennachfrage. In Deutschland hoffte die Regierung dagegen jahrelang auf einen Aufschwung durch die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft und blieb deshalb fiskalpolitisch so untätig, dass sie international Unverständnis bis Zorn erntete. In einem

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

Interview mit der Zeit fragte zum Beispiel Jim O'Neill erbost: „*Wie lange wollen Sie noch warten? Deutschland ist Exportweltmeister, das lässt sich nicht mehr steigern. Wohin wollen Sie die ganzen Waren denn liefern? In die Antarktis? Ein Land kann auf Dauer nicht nur für den Export produzieren, das ist unklug, weil man die ausländische Nachfrage nach Gütern nicht kontrollieren kann. Außerdem: Deutschlands Unternehmen sind extrem wettbewerbsfähig, das beweisen gerade die hohen Exportzahlen, und trotzdem investieren sie wenig und schaffen kaum neue Jobs. Warum? Weil ihnen der heimische Markt weggebrochen ist. Also muss man ihn ankurbeln, ganz direkt.*“ Eine Stimulierung der Binnennachfrage kann auf unterschiedliche Weise erfolgen. Die Auflösung des Investitionsstaus im öffentlichen Sektor bietet sich besonders an.

Die Schuldenquote ist als Nachhaltigkeitskriterium deshalb sinnvoll, weil eine stabile Schuldenquote die Zinslastquote stabilisiert und damit langfristige Solvenz garantiert. Die Stabilisierung der Zinslastquote des Haushalts wird nur dann nicht erreicht, wenn die Einnahme- und Ausgabenentwicklung nicht mit dem Wachstum des BIP mithalten kann, mithin die Staatsquote sinkt. In diesem Fall steigt die Zinslastquote auch bei stabiler Schuldenquote an, weil die Steuereinnahmen zurückgehen. Wir gehen jedoch davon aus, dass der Staatsanteil sich mittelfristig stabilisieren wird oder zumindest keinen größeren Schwankungen ausgesetzt sein wird. Die derzeitige öffentliche Unterfinanzierung zeigt bereits, dass ein Prozess einer dauerhaft sinkenden Staatsquote, wie in den letzten Jahren eingetreten, nicht nachhaltig ist und damit auch nicht von Dauer sein kann.

Gleichwohl kann die Schuldenquote nicht das einzige Nachhaltigkeitskriterium bleiben. Zum einen kann die Schuldenquote dadurch gesenkt werden, dass öffentliches Vermögen veräußert wird und die erzielten Einnahmen zur Schuldentilgung eingesetzt werden, obgleich dies an der Nettovermögensposition des Staates nichts ändert. Wird öffentliches Vermögen verkauft und fließen die Einnahmen in den Betriebshaushalt, ändert sich an der Schuldenquote nichts, die Nettovermögensposition des Staates hat sich aber durch solche Maßnahmen verschlechtert. Gleiches gilt für den Verfall von öffentlicher Infrastruktur durch fehlende Ersatzinvestitionen. Die Schuldenquote kann durch eine solche nicht nachhaltige Finanzpolitik stabilisiert oder gesenkt werden, während sich die Nettovermögensposition der öffentlichen Hand deutlich verschlechtert. Beides ist durch die chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Hand in Deutschland in den letzten Jahren eingetreten. Die Finanzpolitik war daher viel weniger nachhaltig als es selbst der deutliche Anstieg der Schuldenquote signalisiert. Wir wollen aus diesem Grund die Schuldenquote um ein weiteres Nachhaltigkeitskriterium ergänzen, welches die Nettovermögensposition der einzelnen Gebietskörperschaften erfassen soll. Zu diesem Zweck muss für alle öffentlichen Haushalte eine doppelte Buchführung geschaffen werden, um Vermögen und Verbindlichkeiten

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

gegenüberzustellen. Die Schwierigkeiten, die bei der Schätzung des öffentlichen Vermögens und der Abschreibungen darauf zweifellos zu erwarten sind, können beispielsweise mittels allgemeingültiger Richtlinien für pauschalisierte Bewertungen überwunden werden, damit sich die Bürger endlich das ganze Bild über die tatsächliche Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen machen können, anstatt mit Privatisierungen, Investitionsstau und Schattenhaushalten in die Irre geführt zu werden. Zu diesem Zweck müsste auch der veraltete Investitionsbegriff des Haushaltsrechts modernisiert werden und beispielsweise um Teile der Ausgaben für Bildung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ergänzt werden. Vorschläge hierzu existieren bereits. Die Transparenz der Haushaltspolitik würde sich insgesamt deutlich verbessern. Eine hierauf aufbauende Verschuldungsregel wäre jedoch restriktiver als die bisher verwendete „goldene Regel“ des Grundgesetzes, die sich auf die Bruttoinvestitionen bezieht, während eine Stabilisierung der Vermögensposition eine Orientierung an den Nettoinvestitionen (der Veränderung des Kapitalstocks) erforderlich macht. Daher kann und sollte es der demokratischen Eigenverantwortung der einzelnen Gebietskörperschaften überlassen werden ob auch für die Nettovermögensposition und ihre Veränderung eine Regel aufgestellt wird, zumal die Solvenz als oberstes finanzielles Nachhaltigkeitskriterium bereits durch die Stabilisierung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote gewährleistet ist.

Eine Voraussetzung für ein antizyklisches Reagieren der Fiskalpolitik ist aber auch, dass das strukturelle Defizit abgebaut wird, um in guten Zeiten Primärüberschüsse erwirtschaften zu können. Die Gründe für das Entstehen des strukturellen Defizits in Deutschland sind überwiegend hausgemacht. Ursachen hierfür sind die äußerst fragwürdige Steuer- und Abgabenpolitik, die die Steuerbelastung auch für diejenigen Gruppen und Produktionsfaktoren gesenkt hat, bei denen es keinerlei Anlass dafür gab. So zählt die deutsche Steuerquote mittlerweile zu den geringsten in der OECD und auch die Gesamtabgabenquote ist im unteren Mittelfeld der EU angelangt. Und die Große Koalition will die Steuern zum Beispiel für Unternehmen sogar noch weiter senken. Doch entgegen den Behauptungen des Sachverständigenrats oder der Stiftung Marktwirtschaft hat Deutschland kein besonderes Wettbewerbsproblem bei den effektiven Unternehmenssteuern. Trotz relativ hoher nominaler Sätze ist die effektive Belastung für Unternehmen durchschnittlich, dank der deutlichen Absenkung unter Rot-Grün. Auch die Belastung der privaten Kapitaleinkommen ist extrem niedrig. Mit nur etwa 3% haben wir in Deutschland die niedrigste effektive Steuerbelastung in der EU. Trotz weltweiten Wettbewerbs um den mobilen Faktor Kapital ist in anderen Ländern eine vergleichbare Entlastung von Kapitaleinkommen nicht zu beobachten. Großbritannien und die USA haben im Vergleich zu Deutschland deutlich höhere Steuern auf Kapitaleinkommen. (siehe z.B.: An implicit tax rate for non-financial corporations:

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

Definition and comparison with other tax indicators, 2004) Allerdings belasten wir in Deutschland untere und mittlere Arbeitseinkommen über Gebühr, was dazu führt, dass Arbeit vor allem im Niedriglohnbereich durch Kapital substituiert, in europäische Nachbarländer verlagert, in die Schwarzarbeit gedrängt oder erst gar nicht marktgängig wird.

Die Steuersenkungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass den sinkenden Steuereinnahmen hinterher gespart werden musste. Dies hat besonders zu sinkenden Investitionsausgaben geführt. Deutschland weist nach Österreich die zweitniedrigste öffentliche Investitionsquote auf. Sie liegt mit 1,6% am BIP mittlerweile unterhalb dessen, was allein der Erhalt der bestehenden Infrastruktur erfordert. Die Auseinandersetzung zwischen mehr Investitionen in Bildung, wo die BRD Nachholbedarf hat, und den Steuersenkungsinteressen der Wirtschaftsverbände wurde de facto zugunsten des letzteren entschieden. Wollen wir den nachfolgenden Generationen keine desolate Infrastruktur und schlechte öffentliche Bildungseinrichtungen hinterlassen, müssen wir jetzt handeln und diese Zukunftsinvestitionen wieder auf Wachstumskurs bringen.

In diesem Spannungsfeld steht grüne Politik vor der Aufgabe, die Steuereinnahmen des Staates wieder auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und gleichzeitig die Belastungen gerecht und beschäftigungsfreundlich zu verteilen. Dieser Grundgedanke unterscheidet uns von den Neoliberalen in FDP und CDU, die Staatsabbau betreiben wollen.

Die von uns vorgeschlagenen Konzepte zum Abbau von Steuersubventionen, Harmonisierung der Unternehmenssteuern in Europa, Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung, Stärkung der vermögens- und ressourcenbezogenen Steuern und Senkung der Belastung von Geringverdienern weisen alle in die richtige Richtung. Es ist an uns, sie in den kommenden Jahren öffentlich offensiv zu vertreten und der schwarz-roten Konzeptionslosigkeit entgegenzustellen. Gleichzeitig gilt es falschen Vorstellungen wie einer weiteren Senkung der Unternehmenssteuern entschlossen entgegenzutreten. Die von konservativen Ökonomen immer wieder vertretene These, dass Steuersenkungen sich über induziertes Wachstum oder die Rückgewinnung von Steuersubstrat aus dem Ausland fast von selbst finanzieren, hat sich in den letzten Jahren mehrfach als falsch herausgestellt. Im Gegenteil führten die Steuersenkungen über die dann folgenden Ausgabenkürzungen eher zu einer Verringerung des Wirtschaftswachstums. Steuerpolitik eignet sich nicht um Wachstumsimpulse zu setzen. Diese müssen ausgabenseitig erfolgen. Deshalb ist es falsch, sich von jeder aktuellen Diskussion leiten zu lassen. Vielmehr gilt es an unseren langfristigen Vorstellungen zum Steuer- und Abgabensystem zu arbeiten und diese unbeirrt von aktuellen Modediskussionen zu verfolgen.

- Den Teufelskreis aus Steuersenkungen, Defiziten und Kürzungen gilt es zu durchbrechen, indem wir künftig zunächst die Wirkungen von Änderungen in der Bemessungs-

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

grundlage abwarten, um dann später die entsprechenden Anpassungen bei den Steuersätzen vorzunehmen. Gleichzeitig halten wir das Instrument der mittelfristigen Ausgabenpfade für geeignet, um die Ausgabenentwicklung des Staates planbar zu machen und von kurzfristigen Steuersenkungsinteressen zu entkoppeln. Hierfür schlagen wir die Einführung dieser Ausgabenpfade auf ambitionierter Höhe für die investiven Ausgabenbereiche vor. Die Festschreibung bzw. Selbstverpflichtung der Politik, die wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben im Haushalt deutlich zu erhöhen, trägt zu einer rationaleren Steuerpolitik ebenso bei wie zu einer notwendigen Strukturverbesserung der öffentlichen Ausgaben. Die Bereiche, die wir hier besonders kritisch analysieren müssen, sind die Ausgabenentwicklung bei Pensionen und in der GRV, ebenso wie die Subventionen, die es gilt in einem überschaubaren Zeitraum zurückzuführen.

- Zentral ist, dass eine antizyklische Finanzpolitik nicht im Rahmen konsumtiver Konjunkturprogramme, wie sie Die Linke.PDS vorschlägt, abläuft, sondern das Ziel der konjunkturellen Stabilisierung mit sinnvollen und wachstumserhöhenden Investitionen verbunden wird. Dafür wäre es denkbar, für bestimmte Investitionsprojekte genaue Planungen vorzuhalten um diese dann – zur Abwendung einer bevorstehenden wirtschaftlichen Krise – ohne größere zeitliche Verzögerungen umsetzen zu können.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir die Grundlage schaffen, um eine zukunftsgerichtete öffentliche Investitionspolitik und antizyklische Makropolitik zu verwirklichen. Dieses sind auch die Voraussetzungen die Verteilungswirkung der Staatstätigkeit zu verbessern und die automatischen Stabilisatoren - nach der erfolgten Absenkung der Grenzsteuersätze im Zuge der Steuerreformen der letzten Jahre - wieder zu stärken.

Lohnpolitik

Deutschland ist das einzige Land in der europäischen Union, in dem die Reallöhne zwischen 1995 und 2004 gesunken sind. Während sie in Deutschland -0,9% abnahmen, stiegen sie in Schweden um 25,4% und in Großbritannien um 25,2%. Das deutsche Verhalten offenbart dabei die Schwächen der europäischen Institutionen zur wirtschaftlichen Koordination. Denn gerade in einer Währungsunion besteht die latente Gefahr, dass einzelne Nationalstaaten mittels Lohn- und Steuersenkungen eine Strategie der realen Abwertung verfolgen, um so ihre Arbeitsmarktprobleme auf Kosten anderer zu lösen. Eine Lohnsenkungsstrategie wie sie von Deutschland betrieben wird, erzeugt Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der anderen EU-Mitgliedstaaten. So werden diese gezwungen, die deutsche Strategie nachzuahmen, um wett-

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

bewerbsfähig zu bleiben. Deutschland hingegen hat zu Lasten der anderen seine Exporte und die Beschäftigtenzahlen in diesem Bereich weiter gesteigert.

Eine effektive Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war und ist dies dennoch nicht. Denn die vergangene Lohnpolitik hat die effektive Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland weiter abnehmen lassen, während sie in allen anderen 25 EU-Ländern gestiegen ist. Entgegen aller Behauptungen des ökonomischen Mainstreams führte dies in der Summe nicht zu einem Zugewinn an Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit stieg sogar weiter an, da die fallenden Löhne zu einem Klima der Verunsicherung und zu Kaufzurückhaltung führten. So kam es zu einer sektoralen Verschiebung von binnenmarktabhängigen Branchen zu den stärker kapitalintensiven export-orientierten Branchen.

Der massive Lohndruck der vergangenen Jahre ist auf die hohe Arbeitslosigkeit und den schwindenden Einfluss von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zurück zu führen. Nun muss es darum gehen, die Löhne wieder zu stabilisieren und eine Reallohnsteigerung, im Rahmen des ökonomisch vernünftigen Verteilungsspielraums, zu ermöglichen. Dazu könnte auch die Beendigung des deutschen Sonderwegs, was die Einführung eines Mindestlohns angeht, einen Beitrag leisten. Zudem müssen einige arbeitsmarktpolitische Programme und Instrumente, wie die Ein-Euro-Jobs, Mini- und Midijobs auf den Prüfstand. Sie müssen so modifiziert werden, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht verdrängt werden.

Lohnsteigerungen im Ausmaß von Inflation und Produktivitätssteigerung haben den großen Vorteil, dass sie kosten- und verteilungsneutral sind. Sie verändern weder die preisliche Wettbewerbsfähigkeit noch die Verteilung des Gesamtprodukts zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. In einigen Bereichen kann es jedoch sinnvoll sein, den so definierten verteilungsneutralen Spielraum nicht auszuschöpfen. Dies ist insbesondere in Bereichen sinnvoll, deren Kostenbelastung die Schaffung von Beschäftigung verhindert. Dies betrifft Teile des Dienstleistungsbereiches, in besonderem Maße niedrig qualifizierte Dienstleistungen. Hier sollte ausnahmsweise die Zielinflationsrate der EZB das Mindestmaß der Lohnsteigerungen definieren.

Geldpolitik

Die Geldpolitik ist eines der zentralen Instrumente der makroökonomischen Steuerung. Umso fataler ist die völlige Weigerung der Europäischen Zentralbank (EZB), ihrer Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Performance der Europäischen Union nachzukommen. Hier offenbart sich ein grundlegender Fehler des Maastrichter Vertrags: Die Europäische Zentralbank wurde in diesem Vertrag lediglich auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet. Diese wird definiert als eine Inflationsrate von 2%. Eine solche Inflation ist selbst für das Niedriginflationsland Deutsch-

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

land, verglichen mit den Erfahrungen der D-Mark, sehr niedrig. Vor allem aber ist das Konzept einer starren Zielinflationsrate völlig ungeeignet, um die Möglichkeiten der Geldpolitik zur Förderung von mehr wirtschaftlicher Dynamik und Beschäftigung, aber auch zur Abkühlung konjunktureller Überhitzung auszuschöpfen. Damit ist die EZB die einzige Zentralbank in der entwickelten Welt, die sich weigert auch eine Verantwortung für mehr Beschäftigung und wirtschaftliche Dynamik zu übernehmen. Für die amerikanische Zentralbank (Fed) ist dies eine Selbstverständlichkeit. Die ist ein wichtiger Grund, warum die Arbeitslosigkeit in den USA geringer ist als in der EU. Als die Konjunktur 2001 einbrach, reagierte die Fed sehr schnell. Die EZB hingegen war aufgrund einer Inflationsrate von über 2%, über ein Jahr lang untätig.

Die Zinssenkungen der EZB kamen regelmäßig zu spät, während die Zinsen im Fall einer zu hohen Inflationsrate rasch erhöht wurden, auch wenn erst kleine Anzeichen eines Aufschwungs zu erkennen waren. Deshalb kritisierte der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz die Zinspolitik der EZB als „böartig“.

Dringend erforderlich ist es also, die Ausrichtung der Politik der EZB auf die Ziele der Förderung von Wachstum und Beschäftigung, das als gleichberechtigtes Ziel neben der Preisniveaustabilität in Artikel 105 EG-Vertrag verankert werden sollte. Die Grünen als Europapartei hätten hier die Chance, bei einem elementaren wirtschaftspolitischen Thema eine Vorreiterrolle einzunehmen.

IV. Europäische Koordinierung

Die suboptimale makroökonomische Politik Deutschlands hat ihre Ursachen auch im institutionellen Rahmen der Europäischen Union. Zusätzlich zur asymmetrischen Geldpolitik, die schnell restriktiv aber nur zögerlich und verspätet expansiv reagiert, begrenzt der Stabilitäts- und Wachstumspakt den Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bestraft einseitig expansive Fiskalpolitik, setzt aber keinerlei Restriktionen für Länder, die durch eine Kürzungspolitik das Wachstum der Union insgesamt gefährden. Gleichzeitig führt der Pakt zu einer prozyklischen Finanzpolitik, da er unterhalb des 3%-Kriteriums den Mitgliedstaaten keinerlei Vorschriften zum Sparen in wirtschaftlich guten Zeiten auferlegt. Er zwingt die Mitgliedstaaten zum Sparen, wenn das Gegenteil ökonomisch geboten wäre.

Der Stabilitätspakt krankt aber auch durch die Vermischung von unterschiedlichen Zielen. Die Aufgabe des Paktes ist es eine Fiskalpolitik zu bestrafen, die sich als problematisch für die Stabilität der Gemeinschaftswährung herausstellt. Der Versuch über den Pakt nachhaltige Staatsfinanzen in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen, überlastet den Pakt, indem er Konflikte auf ihn überträgt, die im nationalen politischen Prozess ausgetragen werden müssen. Nachhaltige

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

Staatsfinanzen sollten stattdessen eher im Rahmen mittel- und langfristig angelegter europäischer wie nationaler Nachhaltigkeitsstrategien implementiert werden.

Auf der Angebotsseite der Wirtschaftspolitik – also zum Beispiel in den Bereichen der Lohn- oder Steuerpolitik – fehlt der europäische Rahmen weitgehend. Gemeinsam mit den Freiheiten des Binnenmarkts, denen ein sozialer und ökologischer Regulierungsrahmen fehlt, bildet sich in der Union ein liberaler Wettbewerbsföderalismus heraus, der negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben wird. Bereits deutlich wird das am Steuersenkungswettbewerb für Unternehmen, in dem die einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten bei der Konkurrenz um möglichst viele ausländische Direktinvestitionen ihre Staatsfinanzen nachhaltig schädigen. Die Ablehnung der europäischen Verfassung von der französischen und niederländischen Bevölkerung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Menschen kein Europa wollen, dass die erreichte soziale und ökologische Regulierung zerstört. Die Grünen, als die Europapartei, müssen dies Ernst nehmen und ein anderes Europa – ein Europa der Bürgerinnen und Bürger – einfordern.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen wir auf europäischer Ebene einen grundlegend anderen Rahmen für die Makropolitik schaffen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist insofern zu modifizieren, dass Defizitobergrenzen nur noch dann durchgesetzt werden, wenn zugleich das betreffende Land eine überdurchschnittliche Inflationsrate aufweist. Da Inflationsraten in konjunkturellen Schwächephasen gering sind, würde diese Änderung die prozyklische Wirkung des Paktes beseitigen. Weiterhin darf eine diskretionäre Verschuldung nicht erst dann zulässig sein, wenn - wie bislang - die Wirtschaft mit mehr als 2% schrumpft. Sie muss bereits zur Abwendung einer Rezessionsgefahr erfolgen, um eine vorausschauende Fiskalpolitik und eine wirksame Stabilisierung des Auslastungsgrads zu ermöglichen. Damit sollte jedoch auch klar sein, dass die 2004 erfolgte Reform des Stabilitätspakts in die falsche Richtung ging, weil sie die Wirkungsweise des Paktes nicht grundlegend verändert hat. Es wurden lediglich Ausnahmen für falsche Regeln eingeführt und die Durchsetzbarkeit des Paktes damit erschwert, anstatt ökonomisch sinnvolle Regeln zu schaffen, diese dann aber auch konsequent durchzusetzen.

Die Einführung des Euro hat die Handlungsfähigkeiten der Mitgliedsstaaten in der makroökonomischen Politik begrenzt, ohne dass im Gegenzug ein entsprechendes Instrumentarium auf supranationaler Ebene geschaffen worden wäre. Die Geldpolitik wurde dem nationalen Einfluss vollständig entzogen und bei der EZB angesiedelt. Diese berücksichtigt jedoch nur die Gesamtsituation der EU und kann nicht auf länderspezifische Situationen reagieren. Dies wäre an sich nicht negativ, wenn sie auf symmetrische Krisen reagieren würde. Da dies nicht der Fall ist, liegt derzeit die gesamte konjunkturpolitische Aufgabe nur noch bei der Fiskal- und Lohnpolitik der Nationalstaaten. Die Fiskalpolitik ist durch den Stabilitätspakt stark eingeschränkt und die Lohn-

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

politik wird immer stärker mit dem Argument der nationalen Wettbewerbsfähigkeit konfrontiert, weshalb auch sie zur Stabilisierungspolitik weitgehend ausfällt. Auf jede Krise wird mit Lohnsenkungen und auf gute ökonomische Situationen mit überhöhten Lohnsteigerungen reagiert. Eine weitere Dezentralisierung der Lohnfindungsprozesse halten wir daher nicht nur für nicht notwendig, sondern sogar für ökonomisch kontraproduktiv. Gerade von den Löhnen als größtem Nachfragefaktor sollte Stabilität ausgehen.

Um mit dieser Problematik umgehen zu können, bedarf es einer makroökonomischen Koordinierung in der Union, in der alle Staaten, die Tarifparteien und die Zentralbank ihre Politiken absprechen. Der bislang existierende Kölner-Prozess ist erst ein kümmerlicher Einstieg in eine solche Koordinierung. Er hat sich besonders durch seine geringe Verbindlichkeit und die Weigerung der EZB Absprachen zu treffen als wenig erfolgreich erwiesen. Die EZB muss zukünftig durch eine Änderung der Verträge hierzu verpflichtet werden.

Ein weiterer Schwachpunkt ist die beschränkte Koordinierung der Tarifparteien innerhalb der EU. Hier wird es nur sehr langfristig zu Erfolgen kommen. Weil dieser Prozess viel Zeit in Anspruch nimmt, müssen wir jetzt die ersten Schritte machen. Dazu müssen wir den europäischen Gewerkschaftsbund und die europäischen Arbeitgeberverbände stärken, indem sie im neuen wirtschaftspolitischen Institutionengefüge der EU mitgedacht werden. Den auch in Deutschland sichtbaren Trend zu betrieblichen Bündnissen sehen wir daher mit Sorge, da dies die dringend erforderliche europäische Koordinierung der Makropolitik weiter erschwert.

Die Finanzpolitik kann koordiniert werden, indem auch auf europäischer Ebene Ausgabenpfade vereinbart werden. Diese könnten zunächst direkt für die Ausgabenbereiche festgelegt werden, die für das Erreichen der Lissabon-Ziele existenziell sind. Langfristig halten wir auch einen eigenen Haushalt der EU mit eigenen Steuerkompetenzen für erstrebenswert. Er könnte das Hickhack um die EU-Finzen beenden, die Fiskalpolitik auf europäischer Ebene koordinieren und effizienter gestalten. Eine solche neue EU-Finanzverfassung würde aber auch einen stärkeren Ausgleich zwischen den Regionen der EU erfordern. Der europäische Finanzausgleich könnte unterentwickelten Regionen eine Entwicklungsperspektive schaffen, ohne dass sie - wie derzeit - dazu gezwungen wären in einen ruinösen Standortwettbewerb einzusteigen. Dies würde auch die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der Geberländer verbessern. Asymmetrische Schocks könnten besser überwunden werden.

Die Koordinierung innerhalb der EU steht nicht im Widerspruch zu einer breiteren internationalen Koordinierung. Auch letztere halten wir für sinnvoll. Vor allen Dingen dann, wenn die Welt-

Aufbruch für eine pragmatische Wirtschaftspolitik

wirtschaft insgesamt betroffen ist, kann ein koordinierter Einsatz der Makropolitik in den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt (G8) eine rasch implementierbare und effektive Abhilfe darstellen. Auch die bilaterale Koordinierung der Fiskalpolitik in Europa halten wir, solange der von uns vorgeschlagene europäische Rahmen nicht existiert, für eine gute Option. Gehen einige wichtige Volkswirtschaften der EU voran, werden auch andere Länder die Vorteile einer koordinierten Politik erkennen. Allerdings muss dafür Sorge getragen werden, dass sich keine Trittbrettfahrerkultur entwickelt, bei der sich einzelne Länder aus der Aufgabe der makroökonomischen Stabilisierung verabschieden und von den Früchten der Politik anderer profitieren. Bilaterale Lösungen in Europa sind daher für eine Übergangszeit, in der neue Institutionen geschaffen werden, begrüßenswert. Da eine gute Makropolitik zum Teil aber immer den Charakter eines öffentlichen Gutes hat, vor allem zwischen stark verbundenen Volkswirtschaften, müssen längerfristig multilaterale Abkommen und Regelungen im oben beschriebenen Sinn an ihre Stelle treten.

Aus der von uns vorgeschlagenen Koordinierung der Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik würden Vorteile für alle Beteiligten erwachsen. Der große Vorteil für die Eurozentralbank wäre, dass sich die Inflationsraten tendenziell angleichen, die Tarifpolitik berechenbarer würde. Zum Beispiel könnte die vorgeschlagene Konzeption dafür sorgen, dass in einem Aufschwung die Lohnsteigerungen nicht inflationstreibend wirken. Die Tarifparteien wiederum profitieren im Gegenzug von niedrigen Zinsen und einer guten Investitionspolitik der öffentlichen Hand. Die Planbarkeit und die Möglichkeiten der Finanzpolitik vergrößern sich, während eine Konsolidierungspolitik in einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld endlich erfolgreich betrieben werden könnte. Die BürgerInnen und Bürger Europas erhielten nicht nur eine stabile Gemeinschaftswährung, sondern auch eine dynamisch wachsende Wirtschaft mit steigenden Beschäftigungsquoten und einem stärkeren solidarischen Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen entwickelten Regionen und solchen mit Strukturproblemen und Aufholbedarf.